



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**auf dem
Begegnungstag für Aussiedler**

am 10. September 2016

in Bautzen

Ich freue mich, dass ich heute nach Bautzen kommen konnte, um am Begegnungstag für Aussiedler der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens teilzunehmen. Ich war schon des Öfteren in dieser schönen Stadt zu Gast, stellt sie doch eines der kulturellen Zentren des Sorbischen Volkes dar, für das ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zuständig bin.

Ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße der Bundesregierung, insbesondere von unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, und unserem Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Thomas de Maizière.

Das Motto des Begegnungstages lautet: „Miteinander - Füreinander“. Darin drückt sich nach christlichem Verständnis zunächst ein zentraler biblisch fundierter Anspruch aus. Bereits der Schöpfungsbericht im Buch Genesis zeigt beispielhaft in der Erschaffung des Menschen als Mann und Frau den Willen Gottes, sie nicht nur in vollkommener Gleichheit als menschliche Personen mit einer unverlierbaren Würde auszustatten, die dem Menschen unmittelbar von Gott als seinem Schöpfer zukommt. Der Mensch ist gleichsam auch „füreinander“ geschaffen zu einer personalen Gemeinschaft, in der die Menschen gegenseitig eine Hilfe und Ergänzung sein können. Miteinander erschaffen, sind so Mann und Frau als Mensch von Gott auch füreinander gewollt.

Unser Herr Jesus Christus hat uns immer wieder deutlich gemacht, dass dieser göttliche Wille nicht nur für Ehe und Familie, nicht nur für die eigene Landsmannschaft oder das eigene Volk gilt, sondern für das ganze Menschheitsgeschlecht. Wir sind alle Kinder Gottes und somit füreinander Brüder und Schwestern.

In meinem Amt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten arbeite ich eng mit den beiden großen Kirchen in Deutschland zusammen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Herrn Kirchenpräsidenten Helge Klassohn für seine langjährige Tätigkeit als Aussiedlerbeauftragter der EKD ganz herzlich danken. Seine Mitarbeit und sein Rat in dem beim Bundesministerium des Innern eingerichteten Beirat für Spätaussiedlerangelegenheit war immer hoch geschätzt. Zugleich freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit seinem Nachfolger, Herrn Diakon Reinhard Schott. Ich begrüße es sehr, dass die Konferenz der Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 75. Jahrestag des Deportationserlasses eine besondere Erklärung herausgegeben hat, in der auch der Wille zur Fortsetzung der Aussiedlerseelsorge klar zum Ausdruck gebracht wird.

Die Evangelische Kirche in Deutschland war immer für die Menschen da, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges aus Mittelost-, Südost- und Osteuropa sowie aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion zu uns kamen, und hat sich mit besonderen pastoralen Angeboten um sie gekümmert. Ab 1977, als im Zuge der Entspannungspolitik viel mehr Menschen die Ausreise möglich wurde, hat sie eine besondere Aussiedlerseelsorge aufgebaut.

Ebenso anerkennenswert ist das Engagement der EKD für die Deutschen evangelischen Glaubens, die in ihrer angestammten Heimat geblieben sind. Ich suche bei meinen Reisen zu den deutschen Minderheiten immer auch das Gespräch mit Vertretern der dortigen evangelischen Kirchen, die zumeist auf deutsche Wurzeln zurückgehen. Ein besonderes Erlebnis war für mich der Besuch bei Erzbischof Dietrich Brauer in der evangelisch-lutherischen St. Peter und Paul-Kathedrale in

Moskau. Erzbischof Dietrich Brauer hat auch auf der von mir initiierten Veranstaltung des Bundesministeriums des Innern, die unter den Leitworten „Heimat – Identität – Glaube“ im November 2015 in Berlin stattfand, eine sehr bewegende Ansprache gehalten.

Ich erachte die seelsorgerische Arbeit für und mit Aussiedlern deshalb als so bedeutsam, weil Identität und Heimat zusammen mit dem Glauben einen Dreiklang bilden; fehlt einer der drei Töne, klingen die Laute nicht mehr harmonisch zusammen.

Glaube und kirchliches Leben helfen ganz praktisch bei der Neueinwurzelung. Sogar Spracherwerb und Spracherhalt finden hier günstige Bedingungen. Ein Kirchenlied ist schnell erlernt und feste liturgische Texte sind rasch eingeübt; so kann sich während des Gottesdienstes auch ein nur mit schwachen Sprachfertigkeiten Ausgestatteter als vollwertiges und aktives Gemeindemitglied erleben.

Eine behutsame Aussiedlerpastoral wird also versuchen, die traditionellen Eigenarten zu bewahren und gleichzeitig in einen fruchtbaren Austausch mit den übrigen Gläubigen zu führen. So haben die Russlanddeutschen viele alte, hier längst in Vergessenheit geratene deutsche Kirchenlieder bewahrt, einen Schatz, der in vielen Gemeinden noch gehoben werden könnte.

Seit meinem Amtsantritt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten habe ich so viele Gelegenheiten zu Gesprächen mit Vertretern der Spätaussiedler genutzt. Ich schätze unseren offenen Austausch. Er führt dazu, ein vertrauensvolles Verhältnis zueinander aufzubauen.

Als Bundesregierung sprechen wir längst von einer Erfolgsgeschichte der Integration der Aussiedler. Nur in der Öffentlichkeit kam diese Erkenntnis zögerlich an.

Die Integration der Spätaussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich Ende der 80er Jahre zunächst ganz lautlos. Dann folgten die 90er Jahre mit Zuzugszahlen im sechsstelligen Bereich. Über Jahre zeichnete die Berichterstattung in den Medien ein negatives Bild, etwa von straffällig gewordenen russlanddeutschen Jugendlichen. Auch Wissenschaftler wagten keine günstigen Prognosen. Über Normalität und Erfolge wurde lange kaum berichtet.

Die Spätaussiedlerfamilien wurden in der Öffentlichkeit zunehmend als russischsprachige Familien wahrgenommen und nicht als Deutsche, die unter Deutschen leben wollen. So war es nicht verwunderlich, dass sie sich nicht willkommen fühlten und sogar an ihrer deutschen Identität zweifelten.

Die Bundesregierung ließ die Spätaussiedler mit diesem Problem nie allein und begleitete sie mit einer Reihe von Maßnahmen. So haben sie Anspruch auf bundesgeförderte Integrationskurse und Migrationsberatung – die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und die Jugendmigrationsdienste. Der Bund der Vertriebenen und auch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gehört zu den Trägern der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer.

Der Integrationskurs, um Deutsch wieder zu ihrer Muttersprache zu machen, ist für Spätaussiedler kostenlos. Zur Stärkung ihrer Identität können Spätaussiedler im Anschluss an den Integrationskurs ein Zusatzangebot – die sogenannte Ergänzende Maßnahme nach § 9 Abs. 4 Bundesvertriebenengesetz – nutzen. Der Kurs „Identität und Integration PLUS“ wurde extra für Spätaussiedler konzipiert und steht auch all ihren mitgereisten Familienangehörigen offen. Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Haushaltsmittel für dieses Integrationsprogramm für das laufende Jahr von 650.000 Euro auf 1,3 Mio. Euro verdoppelt wurden. Die Bilanz dieser speziellen Kurse ist gut: Die Deutschkenntnisse der Teilnehmer haben sich verfestigt, ihr Selbstbewusstsein ist gestiegen, für viele gibt es einen Motivationsschub für ihren weiteren Integrationsprozess. Die Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse gelingt oft schon unmittelbar im Anschluss an den Kurs.

Ebenso wie die meisten Spätaussiedler haben sich auch die Jugendlichen, die in den 90er Jahren in einer ohnehin schwierigen Entwicklungsphase der Pubertät nach Deutschland mitgenommen wurden, inzwischen in ihrer neuen Heimat Deutschland eingelebt. Ihre Lebensverhältnisse haben sich weitgehend an die der Einheimischen angeglichen. Mit anfangs geringen Deutschkenntnissen und Sozialisationserfahrungen in einem ganz anderen gesellschaftlichen System brauchten die jungen Spätaussiedler einfach eine Eingewöhnungszeit. Inzwischen sind sie erwachsen, haben größtenteils Familien gegründet und Verantwortung übernommen.

Auf die heutige junge Generation der Russlanddeutschen können wir stolz sein. Sie fallen durch ihren Bildungseifer auf. 23 Prozent der 16- bis

20-Jährigen besuchen die gymnasiale Oberstufe. 28 Prozent der 20- bis 30-Jährigen haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Besonders loben möchte ich die jungen Frauen mit ihrem deutlichen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen.

Studien des Berlin Instituts von 2009 und 2014 sowie eine Analyse von Daten und Forschungsergebnissen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 2013 bestätigen: Die Aussiedler nähern sich immer mehr den Einheimischen an. Ihre Messlatte sind ganz klar die Deutschen ohne Migrationshintergrund. Sie wollen sich in unsere Gesellschaft einbringen und das gelingt ihnen immer besser.

Lassen Sie mich ein paar ermutigende Fakten nennen:

Nur drei Prozent der 20- bis 60-Jährigen Spätaussiedler haben weder einen schulischen noch beruflichen Abschluss. Beachtlich ist ihre hohe Bereitschaft zur Partizipation am Arbeitsmarkt, insbesondere auch der Frauen. Der Lebensunterhalt wird überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit oder Rente bestritten. Hiermit liegen die Spätaussiedler sogar vor den Personen ohne Migrationshintergrund! Die Erwerbstätigenquote entspricht der der Einheimischen. Die Erwerbslosenquote ist nur geringfügig höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. An arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird rege teilgenommen.

Nachholbedarf gibt es aber noch. Nicht immer ist es den Spätaussiedlern gelungen, in einem Beruf in Deutschland Fuß zu fassen, der ihrer Ausbildung entspricht oder in besser gestellten Berufen. Das betraf insbesondere die nach dem Jahr 2000 eingereisten Akademiker. Obwohl

Aussiedler bereits durch das Bundesvertriebenengesetz (§ 10) einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit ihres ausländischen Berufsabschlusses hatten, führte die Prüfung nicht automatisch zur Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse. Gestatten Sie mir ein Beispiel für Berlin: Für Berlin fand eine Auswertung für 2003-2012 im Bereich der dualen Berufsausbildung (z.B. Facharbeiterabschlüsse und kaufmännische Ausbildungen) statt. Danach wurden von 1.148 Anträgen 915 als gleichwertig anerkannt. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 79,7 Prozent. Mit 64,2 Prozent fiel die Anerkennungsrate ausländischer Hochschulabschlüsse in Berlin für den gleichen Zeitraum weniger gut aus.

Durch das im April 2012 in Kraft getretene sogenannte Anerkennungsgesetz des Bundes gibt es weitere Möglichkeiten. Wer nach § 10 BVFG die gewünschte Anerkennung nicht erhalten hat, kann beim Verfahren nach dem Anerkennungsgesetz doch noch erfolgreich sein, wenn inzwischen Berufserfahrungen erworben oder Fortbildungen abgeschlossen wurden.

Es liegt in unser aller Interesse, vorhandene Potenziale nicht zu verschenken. Ich will hier aber gar nicht mit meiner Meinung hinter dem Berg halten, dass in der Frage der Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Ausbildungs- und Berufsabschlüssen immer noch ein Nachbesserungsbedarf besteht. Aus diesem Grunde habe ich Ende letzten Jahres gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller MdB, zu einem Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern zuständiger Behörden, Fachexperten und Verbänden ins Bundesministerium des

Innern eingeladen und über weitere Verbesserungen der Anerkennungspraxis diskutiert.

Manchmal wird beklagt, dass die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter keine besonderen Förderprogramme mehr anbieten, die sich ausschließlich an Spätaussiedler richten. Aber bedenken Sie: Spätaussiedlern steht der gesamte „arbeitsmarktpolitische Instrumentenkasten“ zur Verfügung. Sofern die Notwendigkeit besteht, können diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente nachrangig noch mit sprachlichen Anteilen flankiert werden.

Integration in den Bereichen Bildung und Beruf ist nicht allein entscheidend für Erfolg. Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe gehören dazu. Und da haben Aussiedler Vorbildwirkung. Hinsichtlich ihrer Einstellung heben sie sich von anderen Zuwanderergruppen, ja sogar von der Mehrheitsbevölkerung ab. Sie sind zufriedener mit ihrer Lebenssituation und beurteilen das Integrationsklima überdurchschnittlich häufig positiv. Sie schreiben die Integrationsverantwortung nicht der Mehrheitsgesellschaft, sondern überwiegend sich selbst zu. Sie rufen nicht nach dem Staat, sondern übernehmen die Verantwortung für die eigene Integration. Ihre Selbsthilfe untereinander ist sehr ausgeprägt. Ganz selbstverständlich übernehmen sie Patenschaften für ihre neu zugewanderten Landsleute. Aber nicht nur für die eigenen Leute. Im längst nicht mehr nur für Aussiedler angebotenen Programm „Integration durch Sport“ sind Aussiedler nach wie vor die Aktivsten in den Sportgruppen, viele als Übungsleiter. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Sie sind aktive Mitgestalter in der Gesellschaft – und das macht sie zu würdigen Partnern.

Aus Fremden sind Nachbarn geworden, die ganz selbstverständlich zu uns gehören. Das ist sicher auch der Grund dafür, dass in den Medien bis vor kurzem keine negative Berichterstattung mehr über Russlanddeutsche zu finden ist.

Tatsächlich haben aber zu Beginn des Jahres Vertreter der rechtsextremistischen Szene versucht, die aufgebrachte Stimmung unter den Russlanddeutschen um den Fall „Lisa“ für ihre politischen Ziele zu nutzen. Die Bundesregierung beobachtet auch, dass deutschsprachige Plattformen russischer Medien und auch das Internet genutzt werden, um mittels Desinformation die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen.

Ich kann den Wunsch sehr gut nachvollziehen, dass die Deutschen aus Russland mit Rechtsextremen nicht „über einen Kamm“ geschoren werden wollen. Ich nehme diese Sorge auch sehr ernst. Ich selbst habe deshalb vielen Medien Interviews gegeben und mich um eine Versachlichung der Diskussion bemüht. Dabei habe ich auch darauf hingewiesen, dass die außerordentlich starke christliche Bindung unter den Deutschen aus Russland einer politischen Radikalisierung entgegenwirkt. Gerade aus ihrer christlichen Haltung heraus sind auch viele Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Flüchtlingshilfe aktiv.

Die Integration der Spätaussiedler in Deutschland insgesamt ist erfolgreich. In Deutschland leben heute mehr als 4,5 Millionen Aussiedler mit ihren Familienangehörigen. Der ganz überwiegende Teil der Russlanddeutschen ist in Deutschland gut integriert. Sie teilen unsere gemeinsamen Werte, stehen zur freiheitlich demokratischen

Grundordnung und haben sich nach ihrer Ankunft aktiv und gewinnbringend in die deutsche Gesellschaft integriert.

Dies soll durch eine auf meine Veranlassung hin durch die Bundeszentrale für politische Bildung organisierte Fachtagung unterstrichen werden, die integrationspolitische Themen und namentlich die Förderung gesellschaftspolitischer Teilhabe der Spätaussiedler zum Gegenstand haben soll.

Auch dieses zeigt, dass die Bundesregierung angesichts der bisherigen Erfolge in der Integration der Aussiedler dieser Gruppe auch weiterhin mit Interesse und Aufmerksamkeit begegnet. Bundestag und Bundesregierung können auf nicht wenige Leistungen und Verbesserungen zugunsten der Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Russland und den übrigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion verweisen:

- 2013 wurde das Bundesvertriebenengesetz novelliert, vor allem mit dem Ziel, den Nachzug von Familien zu erleichtern. Davon wird rege Gebrauch gemacht, die Zuzugszahlen haben sich zwischenzeitlich mehr als verdoppelt!
- Ende letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag die Zahlung eines einmaligen Anerkennungsbetrages für zivile deutsche Zwangsarbeiter beschlossen. Dieses wird – vorbehaltlich der notwendigen Einzelfallprüfung – auch den Trudarmisten zugute kommen.

- Aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhält das Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold in den nächsten Jahren insgesamt eine Million Euro. Auch wird für die große Gruppe der Deutschen aus Russland die neue Stelle eines hauptamtlichen Kulturreferenten geschaffen.
- An der Errichtung des Museums Friedland, an diesem zentralen Ort gesamtdeutscher Geschichte, sowie die Zahlung einer Anerkennungsleistung für Menschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Zivilpersonen wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit Zwangsarbeit leisten mussten, wird sich der Bund zur Hälfte der Kosten beteiligen.

Ich bin sicher, dass die Erfolgsgeschichte der Spätaussiedler um viele weitere Kapitel ergänzt werden wird! Auf meine Unterstützung bei der Verbreitung der Erfolge in der Öffentlichkeit können Sie bauen!